

Familiennachzug in der Koalitionsvereinbarung

GroKo ist worst case

Hier in Linden leben Menschen aus vielen Ländern, der Türkei, dem Iran, Kurdistan, Irak, Afghanistan etc. Menschen, die aus tausenderlei Gründen fliehen mussten oder sich in der Hoffnung auf ein besseres Leben auf den Weg machten. Nur ein winziger Bruchteil davon ist überhaupt durch das seit 2015/16 zusammengestutzte individuelle Asylrecht abgedeckt. Beim Thema Familiennachzug geht es hingegen um sog. subsidiär Geschützte, das heißt, MigrantInnen, die entweder vor Folter und Bedrohung oder vor Bürgerkrieg flohen. **Über sie haben CDU/CSU und SPD verhandelt und in ihrer Koalitionsvereinbarung eine massive Verschlechterung beschlossen.**

„UNFASSBAR SCHLECHT“

(Migrationsanwältin Gisela Seidler im Deutschlandfunk)

1. DER FAMILIENNACHZUG WIRD ABGESCHAFFT.

Die GroKo macht den Familiennachzug von einem Rechtsanspruch zu reinem Ermessen einer undurchschaubaren Bürokratie des deutschen Ausländerrechts. Er verkommt zur Gnade. Konkret sind 50-70.000 solcher Anträge zu erwarten, die sich über die letzten Jahre, während der sog. „zeitweiligen Aussetzung“ seit 2016, angesammelt haben. Wer unter die Auswahl fällt ist völlig offen. Die Auswahl wird von Zufälligkeit und Willkür geprägt sein.

2. DECKELUNG AUF TAUSEND PRO MONAT

In ganz Deutschland sollen nur noch Tausend Flüchtlinge ihre Familien wiedersehen dürfen. Diese Anzahl ist geradezu aberwitzig. Ihre Urheber bilden eine Koalition der Groteske – eben GroKo. Von der gesamten BRD auf Linden heruntergerechnet wären dies gerade einmal 6 Menschen im Jahr, oder 2-3 Familien im Verlaufe eines ganzen Jahres, bzw. im Laufe der gesamten Legislaturperiode der GroKo ganze 8-12 Familien! So eine „Verbesserung“ (wie

es uns die SPD-Obersten weiss machen möchte) ist nicht weit entfernt von einem AfD-Programm oder der ‚Obergrenze Null‘ des österreichischen Kanzlers Kurz. Die Beschlüsse der heraufdämmernden GroKo sind nicht nur AfD-kompatibel – sie sind eine Schande für eines der reichsten Länder der Erde. Von dem im März 2017 von Schulz angekündigten Kampf gegen die AfD bleibt bei der Etablierung seiner GroKo nichts mehr übrig. Und dies ist leider eine Tendenz, die die gesamte Koalitionsvereinbarung durchzieht, nämlich, wie Merkel und ihre CDU es möchten, die Lebensbedingungen für Geflüchtete derart zu brutalisieren, dass sie lieber die schrecklichen Lebensbedingungen daheim, also ihre ursprünglichen Fluchtgründe erdulden, als sich den bürokratischen Demütigungen Deutschlands auszusetzen: Mit unvergleichlichem Zynismus nennt der Chef der CDU-Nord Heintze dies: „Migrationsanreize zu reduzieren“.

„Beispiel: Für die subsidiär Schutzberechtigten, die bereits unter die Aussetzungsregelung bis März 2018 fallen, ist besonders zu beachten, dass sie schon viele Jahre getrennt leben. Nach dem beschwerlichen Fluchtweg waren sie von dem besonders langen ... Asylverfahren betroffen, für zwei weitere Jahre hat der Bundestag den Familiennachzug ausgesetzt. Damit sind sie schon heute mindestens drei Jahre ohne ihre Mütter, Väter, ihre Ehegatten oder ihre minderjährigen Kinder.“ (Pro Asyl).

Nach dem Willen der SPD würde dies nicht nur weitere 4 Jahre dauern, sondern auf ewig verlängert. Und das betrifft Zig-Tausende, nicht nur in Linden, sondern im ganzen Land.

3. 180-GRAD WENDUNG DER SPD GEGENÜBER 2015 UND 2016

Aber ist die heutige SPD besser? Ohne Not hat sie diese massive menschen- und familienfeindliche Verschlechterung mitbeschlossen. Noch 2015 hatte sie sich be-

kanntlich der Einführung des Familiennachzugs gerühmt. Und 2016 stimmte sie der zeitweiligen Aussetzung bis Mitte März 2018 zu, damals allerdings unter der lauthalsen Betonung, dies sei nur temporär! Selbst im Wahlkampf 2017 versprach sie, „diese temporäre Aussetzung des Familiennachzugs nicht (zu) verlängern“ (SPD-Wahlprogramm, 2017). Gerade als langjährige Oppositionspartei im Bundestag, der oftmals vorgeworfen wird, nur in der Regierung könnten man positiv wirken, nur in Koalition könnte man positiv ‚gestalten‘, betonen wir: Nichts wäre für die SPD einfacher gewesen, diese Verschlimmerung, wie so viele andere zu verhindern: Sie hätte sich nur der GroKo des Schreckens verweigern müssen! Die SPD hätte jetzt gar nichts tun müssen, dann wäre die zeitweilige Aussetzung des Familiennachzugs genau jetzt, im März 2018 automatisch ausgelaufen und die alte Regelung automatisch wieder in Kraft getreten. So aber stimmte die SPD der endgültigen Abschaffung ausdrücklich zu. Sie bricht damit das Völkerrecht (Europäische Menschenrechts- und UN-Kinderrechtskonvention), und opfert elementare Menschenrechte wie das Recht auf Familie, auf dem Altar der Regierungsbeteiligung.

4. REGIERUNGSBETEILIGUNG UM DAS SCHLIMMSTE ZU VERHINDERN?

Es ist einfach ein Gerücht, dass fortschrittliche Reformen nur aus der Regierung heraus erzielt werden können – 150 Jahre aktiver Arbeiterbewegung beweisen das Gegenteil. In diesem Sinne äußerte sich vor 119 Jahren eine berühmte deutsche Sozialdemokratin:

„In den Parlamenten können die Arbeitervertreter, wo sie mit ihren Forderungen nicht durchdringen können, sie doch wenigstens in der Weise vertreten, dass sie in oppositioneller Stellung verharren. Wenn die sozialdemokratischen Vertreter in den gesetzgebenden Körpern soziale Reformen durchzuführen suchen, so haben sie volle Möglichkeit, durch ihre gleichzeitige Opposition gegen die bürgerliche Regierung im Ganzen auch ihrem Kampf um die bürgerlichen Reformen einen prinzipiell sozialistischen Charakter zu verleihen.

Ein Sozialdemokrat hingegen, der dieselben Reformen als Mitglied der Regierung, das heißt gleichzeitig bei aktiver Unterstützung des bürgerlichen Staates im Ganzen anstrebt, reduziert tatsächlich seinen Sozialismus im allerbesten Fall auf bürgerliche Demokratie oder bürgerliche Arbeiterpolitik. [Deshalb kann] das Vordringen der Sozialdemokraten ... in die Regierungen nur die Korruption und Verwirrungen in den Reihen der Sozialdemokratie zum Ergebnis haben.“

(Rosa Luxemburg, 1899 – ‚Eine taktische Frage‘)

**Korruption und Verwirrungen im allerbesten Fall!
Bei der gegenwärtig anstehenden GroKo ist eher von worst case zu sprechen...**

V.i.S.d.P.: AKL in der LINKEN, BO Linden/Limmer

Unsere Position als LINKE ist:

MigrantInnen sehen wir nicht als Bedrohung. Egal woher sie kommen, auch nicht die sogenannten ‚Wirtschaftsflüchtlinge‘. Sie sind nämlich zu 99,5% Lohnabhängige, ArbeiterInnen oder prekär Beschäftigte – genau wie wir. Sie nehmen uns nichts weg, weder Wohnungen noch Geld, weder Arbeit noch Schulen, etc. Wir wissen: Wenn wir diesen Gedanken erlauben, dann sind wir ganz schnell die nächsten, die als ‚überzählig‘ betrachtet und diskriminiert werden. Wir wissen genau, wo die von uns erarbeiteten Reichtümer landen, die 5,8 Trilliarden an wachsenden Geldvermögen – bei ‚unseren‘ deutschen Banken, Konzernchefs, Aktieninhabern, Investoren und anderen ‚anständigen Leistungsträgern‘. Wenn wir immer ärmer werden, dann nur weil die letzten und kommenden GroKos sie immer reicher machen.

MigrantInnen wollen arbeiten, das heißt, was sie „wollen“, ist lediglich, sich hier ebenso ausbeuten zu lassen wie alle anderen Lohnabhängigen. Die Spaltung zwischen Arbeitern, egal ob Ost/West, alt/jung, männlich/weiblich oder nach Hautfarbe hat noch immer den Arbeitern geschadet und den Kapitalisten genützt.

Unser Kapital, der BDI und Arbeitgeberverband sehen das genauso: Sie fordern eine jährliche Zuwanderung von rund 200,000 Arbeitskräften pro Jahr, wie in den letzten 25 Jahren. Und ganz grundsätzlich: Was macht die armen Länder des Südens so arm? Es sind die Außenhandelsüberschüsse des Exportweltmeisters Deutschland. Diese sind ihre Defizite. Unsere zurückbleibenden Löhne machen deutsche Waren konkurrenzlos billig auf dem Weltmarkt. Unsere EU-Subventionen entziehen Abermillionen in Afrika die kleinbäuerliche Lebensgrundlage. Davor fliehen die Armen des Südens – vor den Folgen unserer Wirtschaftspolitik. Diese ungerechte Weltwirtschaftsordnung will die GroKo aufrechterhalten, dafür treten sie an. Deutsche Waren sollen barrierefrei in alle Welt fließen. Nur eine Ware ist davon ausgenommen: Die Ware Arbeitskraft, die MigrantInnen sollen künstlich an den EU-Außengrenzen gestoppt werden. Diese Politik, die inzwischen über 25,000 Menschen den Tod brachte und das Mittelmeer in ein Massengrab verwandelt, ist nicht nur zynisch und unmenschlich. Sie ist auch erkaufte mit unseren schlechten Löhnen und Gehältern. Sie richtet sich direkt gegen uns.

Der Migrationspolitik von uns LINKEN geht es grundsätzlich um Gleichheit und Akzeptanz aller Menschen, die hier einwandern und bleiben wollen. Wir betrachten sie als Kollegen und Partner, nicht als Hindernis für die Durchsetzung besserer Lebensbedingungen hier. Alles andere wäre Durchsetzung bürgerlicher oder sogar rassistischer Grundsätze, die sich auf den märchenhaften Profit der Wenigen ausrichtet, aber keinesfalls eine soziale, schon gar nicht sozialistische Politik.